Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 213. [47. Jahrgang.] Donnerstag den 10. September 1908. [47. Jahrgang.] Nr. 213.

Berlin, den 9. September.

Zur Reichsfinanzreform.

Die unbedingte Notwendigkeit, das Finanzwesen des Deutschen Reiches einer entscheidenden und auf lange Jahre wirksamen Reform zu unterziehen, ist seit Monaten Gegenstand der öffentlichen Besprechung. Sie wird von Vertretern der Wissenschaft und der verschiedensten Erwerbskreise, sowie von Männern und Organen aller politischen Parteien mit seltener Einmütigkeit anerkannt. Die eingehende und immer erneute Erörterung der gegenwärtigen Schäden unseres Finanzwesens hat, so sehr sie auch über die möglichen Abhülfsmittel im einzelnen auseinandergehen mochte, erkennen lassen, daß es sich hier um eine Forderung des gesamten deutschen Volkes handelt.

Es ist nun wohl begreiflich, daß in der bisherigen Debatte Betrachtungen über die Quellen, aus denen die notwendige Einnahmeerhöhung fließen muß, im Vordergrund gestanden haben. Doch hieße es die Gesamtlage unseres Finanzwesens durchaus verkennen, wollte man in der Einführung einiger neuer Abgaben die einzige oder auch nur die beherrschende Aufgabe des kommenden Winters suchen. Gewiß, würde dieser Teil der Reform nicht befriedigend gelöst, so müßte alle übrige Arbeit unzureichendes Stückwerk bleiben. Weit darüber hinaus bedarf es aber einer großen und umfassenden Reorganisation der gesamten Finanzgebarung.

Das Fehlen des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben seit Jahren hat Deutschland eine hohe Schuldenlast aufgebürdet, erfordert schwere finanzielle Opfer durch die Notwendigkeit der Zinszahlung, hemmt und schädigt seine Volkswirtschaft und setzt durch die Erschütterung des nationalen Kredits seine politische Stellung unnötigen Gefahren aus. Die Schulden des Deutschen Reiches sind zwischen 1877 und 1900 von 16 auf 2300 Millionen, in den letzten 8 Jahren aber allein um weitere 2000 Millionen gewachsen, sie betragen heute einschließlich der langfristigen Schatzanweisungen $4\frac{1}{4}$ Milliarden Mark, die Zinsen 160 Millionen. Jedes der letzten Jahre hat Anleihen von mehreren hundert Millionen Mark in der Form von Schuldverschreibungen oder langfristigen Schatzanweisungen notwendig gemacht. Die ursprünglich nur als Verstärkung der Betriebsfonds der Reichshauptkasse gedachten kurzfristigen Schatzanweisungen sind durch das dauernde Defizit teilweise zu einer verdeckten Anleiheschuld geworden. Die durch dies alles veranlaßte Ueberlastung des Kapitalmarktes hat ein Sinken des Kursstandes bewirkt. Dies schädigt die Finanzen des Reiches; denn bei jeder neuen Ausgabe von Schuldverschreibungen wird der Kapitalerlös für die Reichskasse geringer. Es schädigt die Einzelstaaten und Kommunen bei der Aufnahme von Anleihen zum Ausbau ihrer Verkehrs- und Erwerbsanstalten; es schädigt in Zeiten der Geldknappheit durch Steigerung des Zins- und Diskontsatzes alle Produzenten; es schädigt endlich alle diejenigen, die mündelsichere Anlagen in Reichsanleihen gemacht haben. Es bedeutet für den Fall eines ausbrechenden Krieges eine nationale Gefahr, wenn ein derartig hoher Bestand von Obligationen mit niedrigem Kursstande im Umlauf ist, weil alsdann die leichte und sichere Unterbringung von Kriegsanleihen erschwert wird.

Alle diese Schäden und Gefahren müssen sich in der Zukunft noch verstärken, wenn nicht Abhülfe geschaffen wird. Die Summe der bereits gegenwärtig bewilligten oder feststehenden offenen Kredite beläuft sich auf nahezu 1 Milliarde. Setzte sich darüber hinaus das Tempo der Schuldenzunahme in derselben Weise fort, wie bisher, so wäre innerhalb des nächsten Jahrfünfts eine Steigerung von über 2 Milliarden Mark zu erwarten. Demgegenüber ist die Stabilisierung des Anleihewesens und des Kursstandes eine unbedingte Verpflichtung der Reichspolitik.

Die Einleitung einer stetigen Schuldentilgung, sowie Vorkehrungen gegen weitere Vermehrung der Schulden für unproduktive Anlagen müssen daher mit im Vordergrunde der Reform stehen.

Beides ist aber nur möglich, wenn es gelingt, zu einer dauernden Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Bedarf und Deckung zu gelangen. Seit dem Beginn des Jahrhunderts haben die nach den Grundsätzen gesunder Finanzpolitik aus laufenden Mitteln zu deckenden Ausgaben die Einnahmen regelmäßig bei weitem überstiegen. Wird nicht Einhalt geboten, so muß das Mißverhältnis einen immer größeren Umfang annehmen. Während die Ausgaben in beständiger Steigerung begriffen sind, zeigen sich die Einnahmen verhältnismäßig stabil. Auch die mit dem Gesetz vom 3. Juni 1906 erstrebten Mehreinnahmen sind erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nehmen Ausgaben und Einnahmen im Laufe des nächsten Jahrfünfts dieselbe Entwicklung wie in dem vergangenen, so müßte alljährlich mit einem Fehlbetrage von mehreren hundert Millionen gerechnet werden.

Einer Weiterentwicklung in dieser Richtung muß unverzüglich Einhalt geboten werden. Es bedarf einer systematischen Beschränkung der Ausgaben auf das unbedingt Notwendige, sowie einer planmäßigen Erhöhung der Einnahmen. So schwer es ist, die Grenzen zukünftigen Bedarfs auch nur einigermaßen genau abzustecken, die Entwicklungslinien der Einnahmen vorher zu bestimmen, so muß doch der Versuch gemacht werden, auf eine längere Reihe von Jahren, zum mindesten ein Jahrfünft, die Grundzüge eines Finanzplanes festzulegen.

Auf der Ausgabeseite ist es insbesondere geboten, mehr wie bisher auf die bewährten Grundsätze altpreußischer Sparsamkeit zurückzugehen. Insbesondere muß sich bei der Ausführung von Bauten und anderen Neuanlagen eine Einschränkung der Ausgaben erreichen lassen. Dem beständigen Anwachsen des kostspieligen Beamtenapparates muß vorgebeugt werden, indem in der Verwaltung durch weitere Uebertragung der Befugnis oberer Behörden an nachgeordnete Instanzen Vereinfachungen erreicht werden, und überdies ein Teil der Geschäfte der höheren Beamten auf die mittleren, von den mittleren auf die unteren übertragen werden. Die Formen des Geschäftsverkehrs der Behörden müssen sich mehr denen des modernen Verkehrs anschließen.

Bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen, Vergebung von Lieferungen usw. müssen die Erwägungen des sorgfältigen Kaufmanns an die Stelle des bureaukratischen Schwergewichts treten. Die Scheidung zwischen dem Wünschenswerten und dem Notwendigen muß bis zum Eintritt besserer Zeiten schärfer durchgeführt werden.

Auch bei Anwendung äußerster Sparsamkeit läßt sich eine Verstärkung der Einnahmen durch sehr erhebliche Steuererhöhungen nicht umgehen; denn die zuverlässige Erfüllung der Staatszwecke hinsichtlich militärischer Sicherheit, kultureller und sozialen Fortschritts darf unter keinen Umständen in Frage gestellt werden. Wesentliche Opfer werden jedem einzelnen Staatsbürger unvermeidlich. Insbesondere wird, wenn die finanziellen Schwierigkeiten nicht verewigt werden sollen, der Massenkonsum gewisser Genußmittel, wie in anderen Ländern, mit starken Abgaben herangezogen werden müssen. Versäumnisse gerade nach dieser Richtung bei uns haben nicht zum wenigsten die gegenwärtigen Mißstände mit hervorgerufen.

Anderseits kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die gewaltige Wohlstandsvermehrung, deren sich Deutschland im letzten Menschenalter erfreuen durfte, es den Privatwirtschaften möglich macht, die nötigen Opfer zu bringen. Dabei wird entsprechend den Ergebnissen der modernen Finanzwissenschaft die Besteuerung in Formen durchzuführen sein, die die Konsumsteuern des Charakters einer Sondergewerbesteuer entkleiden; sodann sind die Anforderungen ausgleichender sozialer Gerechtigkeit keinen Augenblick aus dem Auge zu verlieren, sondern bei der Ausgestaltung der einzelnen Gesetze durch geringere Belastung des Konsums der Minderbemittelten, durch höhere Besteuerung des kostspieligen Luxuskonsums zur Geltung zu bringen.

Aus derselben Erwägung heraus erscheint es ferner geboten, neben dem Verbrauch auch den Besitz in entsprechendem Umfang zur Deckung des Mehrbedarfs heranzuziehen. Die historische Entwicklung hat, wie in anderen Bundesstaaten, so auch in Deutschland, eine Scheidung zwischen den Steuersystemen des Reiches, der Einzelstaaten und Kommunen herbeigeführt, die in Friedenszeiten nicht willkürlich erschüttert werden darf. Da der Bedarf der Einzelstaaten und Gemeinden gleichfalls in beständigem Steigen begriffen ist, verbietet es sich, die direkte Einkommen- und Vermögensbesteuerung ihren bisherigen Nutznießern zu entziehen. Ihre finanzielle Selbständigkeit würde sonst den schwersten Gefahren ausgesetzt und damit die finanzielle Gesamtlage Deutschlands nicht verbessert, sondern nur verschoben werden. Ueber die Höhe der Belastung durch Einkommen- und Vermögensteuern sind umfangreiche Erhebungen vorgenommen worden. Das gesammelte Material, dessen Veröffentlichung die statistischen Stellen vorbereiten, wird unwiderleglich dartun, daß bei Berücksichtigung von kommunalen und kirchlichen Abgaben bereits jetzt in zahlreichen Gemeinden die direkten Steuern eine Höhe erreicht haben, die eine weitere Belastung durch Einkommen- und Vermögensteuern für Zwecke des Reiches unmöglich macht. Aus denselben Gründen, die gegen eine allgemeine Reichseinkommensteuer sprechen, verbietet sich auch die Heranziehung des Einkommens oder Vermögens in besonderen Erscheinungsformen. Der notwendige Ausgleich zwischen Verbrauchs- und Besitzesbelastung kann nur in einem weiteren Ausbau der Institution der Nachlaßbesteuerung gefunden werden, welche bereits das Finanzgesetz von 1906 für das Reich zu entwickeln begonnen hat.

Außerdem gibt es auch bisher schon eine Form, in der das Reich durch Vermittlung der Einzelstaaten aus den direkten Steuern Vorteil gezogen hat: die Matrikularbeiträge, die von den Bundesstaaten im wesentlichen durch direkte Steuern aufgebracht werden müssen. Eine Steigerung derselben wird nur in Grenzen möglich sein, welche gleichzeitig der Finanzgebarung der Bundesstaaten genügend freien Spielraum lassen und vermeiden, daß durch sprunghafte Steigerung der direkten Steuern die notwendige Kapitalbildung eingeschränkt und der Sparsinn erschüttert wird.

Schließlich gibt es einzelne charakteristische Erscheinungen des modernen Aufwandes, die eine Steuerbelastung vertragen können, ohne daß damit nach dem Urteil der berufensten Sachkenner eine Gefahr für Handel und Wandel verbunden ist. Das gilt natürlich nicht von Umsatz- oder eigentlichen Verkehrssteuern, die im gegenwärtigen Zeitpunkt den glatten Lauf der volkswirtschaftlichen Maschinerie hemmen und beeinträchtigen würden.

Die Reichsfinanzreform würde unzulänglich bleiben, wenn nicht neben die materielle auch eine formelle Neuregelung träte. Es ist vor allem eine Stärkung der Betriebsfonds des Reiches durch Beseitigung der Vorschußwirtschaft erforderlich. Sodann erscheint es geboten, unter Wahrung des budgetären Bewilligungsrechts der Volksvertretung die Beziehungen des Reichs zu den Einzelstaaten von dem System der alljährlich schwankenden ungedeckten Matrikularbeiträge loszulösen und auf eine feste Grundlage zu stellen. Die Einführung eines beweglichen, jeweilig für eine Reihe von Jahren neu festzustellenden Faktors unter die Einnahmen wird hierzu anzustreben sein.

Die verbündeten Regierungen werden in kurzem mit Vorschlägen für eine solche organische Reform der gesamten deutschen Finanzgebarung vor den Reichstag treten. Trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller den Steuerzahlern zugemuteten unvermeidlichen Opfer darf das deutsche Volk vertrauen, daß seinem in seltener Einmütigkeit ausgesprochenen Verlangen nach einer Regenerierung der Finanzen Rechnung getragen und dem Deutschen Reich das zur Erfüllung seiner großen Aufgaben notwendige friedliche Rüstzeug eines wohlgeordneten Staatshaushalts geschaffen wird.

Unter der Ueberschrift: „Die Zeppelin-Spende versteuert!“ schreibt das Berliner Tageblatt am 1. September: „Auf der Suche nach neuen Steuerquellen ist dem Steuerfiskus unverhofft großes Heil widerfahren. Die vom deutschen Volke durch freiwillige Beiträge aufgebrachte Millionenspende für den Grafen Zeppelin erscheint den zuständigen Behörden als sehr willkommenes Objekt, um es zu Gunsten des leeren Reichssäckels zur Ader zu lassen.“ — Diese Meldung ist unrichtig. Eine Absicht, die Zeppelin-Spende für die Reichsfinanzen nutzbar zu machen, besteht nirgends.

Rundschau im Auslande.

Aus dem französischen Ministerrate.

In dem am Dienstag in Rambouillet unter Vorsitz des Präsidenten Fallières abgehaltenen französischen Ministerrat berichtete der Minister des Aeußeren Pichon über seine vorgestrige Unterredung mit dem spanischen Botschafter Del Muni. Es habe sich hierbei im großen und ganzen eine vollständige Uebereinstimmung zwischen Frankreich und Spanien über die den Mächten vorzulegende Note, betreffend Marokko ergeben. Ministerpräsident Clemenceau teilte seine Eindrücke über seine gelegentlich des Aufenthaltes in Karlsbad gehabten Unterredungen mit. Für den Nachmittag war eine neue Unterredung Pichons mit Del Muni angesetzt.

In der Nachmittagssitzung des Ministerrats erklärte der Marineminister Thomson in Bezug auf die in der Marine vorgekommenen Geschützunfälle, daß der Artilleriedienst sich schon länger mit dem Studium der Frage beschäftige, wie solchen Unfällen durch Aenderungen des Rohrverschlusses und des Pulvers in Zukunft vorgebeugt werden könne. An den Geschützen neuesten Modells seien bereits derartige Aenderungen vorgenommen worden. Bei den Schießübungen des Mittelmeergeschwaders seien in diesen Jahren bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen und die Trefferprozente wesentlich gestiegen. Die bei den Schießversuchen auf das alte Panzerschiff Amiral Duperré abgegebenen Schüsse hätten die außerordentliche Leistungsfähigkeit der Granate Modell T erwiesen. — Kolonialminister Millès-Lacroix führte in Bezug auf die Ueberfälle in Mauretanien aus, er beabsichtige, Maßnahmen zu treffen, um feindlichen Einfällen ins Land, Plünderungen und Angriffen gegen französische Schutzbefohlene, sowie gegen die Truppen ein Ziel zu setzen. Diese Uebergriffe seien hervorgerufen von feindlichen aus Adrar kommenden Stämmen. Es handle sich nicht um eine Eroberungsexpedition, sondern um ein polizeiliches Vorgehen, dazu bestimmt, das Land zu beruhigen und die Urheber des Angriffes, dem mehrere französische Offiziere und Soldaten zum Opfer gefallen seien, zu bestrafen.

Aus Konstantinopel

wird unter dem 8. d. M. berichtet: Die Bewegung unter den Beamten des Unterrichtsministeriums dauert fort. Heute wurde abermals eine Versammlung in der Ihsanieh-Moschee abgehalten.

Das Organ des jungtürkischen Komitees, Tanin, dankt dem General Frhrn. v. d. Goltz-Pascha für seine freundschaftlichen Gefühle und guten Ratschläge. Diese seien der Aufmerksamkeit des Ministerrats zu empfehlen.

Tanin erfährt aus maßgebender Quelle, daß der Sultan dem Finanzministerium seine Liegenschaften überläßt, die einen jährlichen Ertrag von 400 000 Pfund bringen und die als Garantie für die vier Millionen Pfund betragende Staatsanleihe und für die eine Million Pfund betragende Anleihe für die Zivilliste verwendet werden sollen.

Die Chefs der diplomatischen Missionen erhielten eine Einladung zu dem am Sonnabend bei dem Minister des Auswärtigen stattfindenden Diner, das aus Anlaß des Geburtstages des Sultans veranstaltet wird. — Der Khedive stattete dem Großwesir einen Besuch ab.

Wie Konstantinopeler Blätter melden, wurde der Khedive am 6. d. M. vom Sultan in Audienz empfangen.

Nach einem Telegramm der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft aus Kairo ist dort ein bestimmt auftretendes Gerücht verbreitet, demzufolge der Khedive beim Sultan in Ungnade gefallen sei, da er ohne Genehmigung einen Geheimvertrag mit England über die Abtretung des Sudans geschlossen habe. Aus diesem Grunde sei er vom Sultan nicht empfangen worden.

Betrügereien des früheren dänischen Justizministers Alberti.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der frühere Justizminister Alberti stellte sich heute nachmittag der Polizei, indem er angab, Fälschungen und Betrügereien, bei denen es sich um große Summen handle, begangen zu haben. Geschädigt seien das Finanzministerium, die Nationalbank und die Privatbank, jedoch sei für die veruntreuten Summen volle Deckung vorhanden.

Der Inspektor der Sparkassen ordnete die Einstellung der Tätigkeit der Seeländischen Bauern-Sparkasse an, deren Vorstand der frühere Justizminister Alberti war. Die Sparkasse ist Debitor des Finanzministeriums und der Banken. Das Guthaben der Staatskasse beträgt 2 Millionen, wovon $1\frac{1}{2}$ Millionen durch Pfandsicherheit voll gedeckt sind. Die gesamten Betrügereien Albertis sollen, wie die Blätter melden, neun Millionen betragen.

Tschechische Ausschreitungen.

Aus Prag wird gemeldet: Mit Rücksicht auf die am 7. September Abends anläßlich der Versammlung des Deutschen Böhmerwaldbundes erfolgten Zusammenstöße zwischen Deutschen und Tschechen in Bergreichenstein und Schüttenhofen hat der Statthalter umfassende Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung an diesen Orten getroffen.

Noten Englands und Rußlands an den Schah.

Aus Teheran wird einem Londoner Blatte gemeldet, daß dem Schah am 8. September eine britische und eine russische Note übereinstimmenden Inhalts überreicht worden sind, in denen seine Aufmerksamkeit auf die in den Provinzen herrschenden Unruhen gelenkt und insbesondere auf die Gefahr aufmerksam gemacht wird, in der Leben und Eigentum der Fremden in Täbris schweben. Die Note empfiehlt dem Schah dringend, zur Beruhigung des Volkes die versprochene Proklamation, betreffend die Wahlen, so bald als möglich zu erlassen und das Parlament für Mitte November zusammenzuberufen.

Der Dalai-Lama und die chinesische Regierung.

Die Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft berichtet aus Schanghai: Der Dalai-Lama hat am 3. September Taiyuenfu nicht verlassen. Chinesische Zeitungen behaupten, daß die Regierung in Peking den Wunsch aufgegeben habe, den Dalai-Lama in Peking zu sehen, da die Ausschreitungen der unbestrafbaren Priester in der Gefolgschaft des Dalai-Lama zu den größten Bedenken Anlaß gaben. Tatsächlich aber ist offenbar die Regierung in Peking unfähig, den Dalai-Lama gegen seinen Willen zum Besuche in Peking zu zwingen.

Offene Lehrerstelle an deutscher Auslandsschule.

Für die deutsche Schule in Rosario in Argentinien (200 Schüler, 8 Klassen, 9 Lehrkräfte) wird zum 1. Februar 1909 ein seminaristisch oder akademisch gebildeter Lehrer gesucht, der englischen und französischen Unterricht nach der direkten Methode erteilen kann. Anfangsgehalt 175 Pesos monatlich (etwa 306 ℳ), im 2. Jahre 200, im 3. Jahre 225 Pesos monatlich; für den akademisch gebildeten Lehrer 25 Pesos monatlich mehr. Freie Reise I. Klasse von Hamburg nach Rosario nebst 300 ℳ Reisezuschuß. Nach Ablauf der dreijährigen Verpflichtung freie Rückreise. Wöchentlich höchstens 28 Stunden. Meldungen unverheirateter Bewerber sind nebst Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, Gesundheitszeugnis und Photographie zu richten an die Geschäftsstelle der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, Berlin, Wilhelmstr. 32, unter der Aufschrift: Deutsche Auslandsschule.

Kaisermanöver in Elsaß-Lothringen.

Wie aus Kurzel, 8. d., berichtet wird, sind auch die besonderen Kriegslagen nunmehr bekannt gegeben worden.

Danach hatte die Blaue Armee am 6. d. M. die Nordvogesen erreicht, das im Unterelsaß zusammengezogene 15. Armeekorps stand bei Bischheim und Straßburg. Das Korps erhielt vom Armeeoberkommando den Befehl, westlich der Saar vorzugehen und zugleich die Armee gegen Unternehmungen von Metz her zu sichern. Die besondere Kriegslage für Rot besagt: Der kommandierende General des 16. Korps hat den Auftrag, sein Korps derart vorzuführen, daß es bei dem bevorstehenden Zusammenstoß gegen den linken Flügel der feindlichen Armee eingesetzt werden kann. Am 7. d. M. wurde ihm die bisher als Hauptreserve in Metz verwendete 34. Division unterstellt, vom 7. Abends ab trafen in Metz die zur Bildung einer neuen Hauptreserve bestimmten Truppen ein.

Die in der allgemeinen Kriegslage genannten Armeen erreichten am 7. d. M. beide die beabsichtigten Marschziele und setzten am Dienstag ihren Vormarsch fort, die Rote Armee mit dem rechten Flügel auf Guichenbach, die Blaue mit dem linken Flügel auf Saargemünd. Dieser linke Flügel der Blauen Armee wird durch die dritte bayerische Infanteriedivision gebildet. Das Rote 16. Armeekorps, das Nachmittags nach einer Rast an der Nied seinen Marsch noch fortgesetzt hatte, war am Montag abend mit der 34. Division bis Falkenberg, mit der 33. bis Lubeln und mit der Kavalleriedivision A bis Folschweiler gelangt. Das Blaue 15. Armeekorps stand Abends mit der 30. Division bei Münster, mit der 31. bei Altweiler und mit der bayerischen Kavalleriedivision bei Albesdorf. Am Dienstag beabsichtigte das Rote 16. Korps auf Groß-Tänchen und Freibuß weiter zu marschieren, während Teile der Hauptreserve, Infanterie und Artillerie, in der Nacht von Metz nach Remilly und Brülingen befördert werden sollten. Das Blaue 15. Korps wollte Mittags mit seiner Infanterie auf Hellimer und Kreuzhof, mit der bayerischen Kavalleriedivision auf Groß-Tänchen vorgehen. Die dem 15. Armeekorps unterstellte bayerische Kavalleriedivision wird von Generalleutnant v. Gebsattel, die 3. bayerische Infanteriedivision von Generalleutnant Ritter v. Lobenhoffer kommandiert.

Aus Urville, 8. September, wird gemeldet: Seine Majestät der Kaiser begab sich heute früh von Bischdorf im Automobil nach der Höhe nordöstlich von Fremersdorf und beobachtete von dort die Entwicklung der beiden Armeen. Gegen Mittag stieg der Kaiser zu Pferde und ritt in das Gelände zwischen Hellimer und Freibuß, wo er dem Angriff der 34. (Roten) Division, welche durch die bayerische Besatzungsbrigade aus Metz verstärkt war, gegen die 40. (Blaue) Division, insbesondere auch der Attacke der bayerischen Kavalleriedivision gegen den siegreich vorgehenden Flügel mit der 34. Division, beiwohnte. Der Kaiser kehrte alsdann zu Pferde auf die Höhe nordöstlich von Fremersdorf zurück und verließ 6 Uhr Nachmittags, als der Kampf im wesentlichen entschieden war, im Automobil das Gefechtsfeld. Zu dieser Zeit war Rot im Besitz der Höhen im Westen von Hellimer und Altrip, während die 30. Division auf dem Rückzuge in östlicher Richtung begriffen und die 31. Division infolgedessen nicht in der Lage war, ihre zeitweilig errungenen Erfolge gegen die 33. (Rote) Division auszunutzen.

Der Kaiser und Erzherzog Franz Ferdinand kehrten gegen 7 Uhr nach Urville zurück.

* *

Weiter liegt uns folgende Schilderung vom ersten Beginn der Manöver vor:

ank. Saarbrücken, 7. September, Nachmittags.

Obwohl das eigentliche Kaisermanöver, d. h. der unter den Augen des Kaisers sich abspielende Hauptabschnitt der seit heute früh in der Entwicklung begriffenen Uebung, erst mit dem 8. September beginnt, beschlossen wir doch, schon heute morgen in das Gelände zu fahren. Das herrliche Wetter, das gestern endlich die naßkalte Periode abgelöst hat, lockte uns, und vielleicht gab es doch schon etwas von der aufklärenden Kavallerie zu sehen. Husaren reiten zwar wie der Wind, wie es im alten Soldatenliede heißt, und Dragoner, Ulanen und Schwere Reiter ebenfalls. Aber unser prächtiges Benzinroß ist ihnen doch noch über, und es ist so köstlich, durch die frische Morgenluft dahinzusausen. — Von Saarbrücken aus folgen wir zunächst der alten Metzer Straße, steil geht es den Berg hinauf, den am 6. August 1870 die braven 74er im Laufschritt zurücklegten, um ihren schon auf die Höhen von Spichern anstürmenden Kameraden zu Hülfe zu kommen. In feierlicher Morgenstille liegt rechts unten das Ehrental mit seinen Heldengräbern. Aus ihrem Rosenhag sehen wir die bronzene Germania aufragen, die hier über den Totenkreuzen Wache hält. Der Rote Berg liegt noch im Nebel. Nur die Denkmäler der Regimenter erkennt man und den steilen Zickzackweg, den einst die heißersehnten Batterieen hinaufsprengten. Unten im waldigen Tal taucht Stiering-Wendel auf, das einst blutig umstrittene, dann sind wir in Forbach, wo im Kraftwagen der Kriegsminister v. Einem an uns vorübersaust.

Der Nebel verschwindet. Vor uns liegt die lothringische Landschaft, die hier mit ihren vielen Buchenwaldhügeln, ihren roten Sandsteinwänden und fruchtbaren Feldern so anmutig wirkt. Friedlich ziehen die Landleute vorüber, drei, oft vier Pferde vor ihren Wägelchen — anders tun sie es nicht gern, und die Pferde, die nicht viel Hafer zu schmecken bekommen und sich meist mit dem Gras und Heu der Weide begnügen müssen, auch nicht. Schweigend liegen die Dörfer, die mit ihren Düngerhaufen vor den kleinen Häusern einen nicht eben besonders schmucken Eindruck machen. Hier und da zeugt ein Schornstein oder Schacht davon, daß in dem neuen Lothringen sowohl unter als über der Erde gearbeitet wird. Wie aus der Spielschachtel genommen, dehnt sich dort drüben am Wald eine Kolonie von Arbeiterhäusern aus. Funkelnagelneu, wohl an die hundert Häuschen, eins neben und hinter dem andern, ausgerichtet wie in Kompagniekolonnen.

Noch ist nichts vom Kriege zu sehen. Da, in St. Avold, beginnt es lebendig zu werden. Die erste Patrouille 13. Dragoner trabt durch die enge Hauptstraße. Die Reiter tragen rote Bänder um die grauen Helmkappen, die jetzt ja von beiden Parteien kriegsmäßig getragen werden. Wir sind im Bereich der vordersten Erkundungstruppen der Roten Partei (16. Korps). Und da sind auch schon die flotten Kraftradler, die freiwilligen Fahrer vom Deutschen Motorradfahrerbund, mit ihrer Binde am Arm: V. A. V. — Versuchsabteilung der Verkehrstruppen. Die Probe mit ihnen im vorigen Kaisermanöver ist so gut ausgefallen, daß man in diesem Jahre 180 Mann eingestellt hat. Auch diesmal scheinen sie vortrefflich zu arbeiten. Unauffällig jagen sie über die Landstraßen dahin und besorgen den Nachrichtendienst in der vordersten Reihe mit einer Schnelligkeit und Zuverlässigkeit, die unvergleichlich ist. Unsere Leute gehörten zur Kavalleriedivision A (beim 16. Korps). Ihren Spuren folgen wir; denn etwa 10 Kilometer südöstlich bei Vahl Ebersing, heißt es, hielt schon der Stab der Kavalleriedivision A.

Aber die Straße ist steil. Sie zwingt uns zum Umweg nach Westen zu. Und da sehen wir nun auch schon die ersten Reiter von Blau. Zwischen Folschweiler und Lellingen tauchen sie auf, erst vereinzelt, dann in einer ganzen Aufklärungsschwadron. Es sind bayerische Schwere Reiter (Landshut), die ersten Spitzen der bei den Straßburgern kämpfenden bayerischen Kavalleriedivision, die von Zabern her über Finstingen und Insmingen (Bahnlinie Saaralben-Bensdorf) in Anmarsch ist. Sie ahnen nicht, daß wenige tausend Schritt östlich in einem Obstgärtchen beim Dorfe Vahl-Ebersing eine ganze Schwadron 9. Dragoner versteckt liegt, bei denen übrigens Feldmarschall Graf Haeseler längere Zeit verweilte. Sie haben die Bayern heranreiten sehen und sich schnell unsichtbar gemacht. Verschwunden ist nun auch der Stab der von Saarburg im Rheinland über Merzig heranziehenden Kavalleriedivision A, der kurz vorher